

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 41

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sierung und Liberalisierung beschlossen wurde, und Chruschtschew seinen Vorgänger brandmarkte. Die Herbstereignisse (Posener Aufstand, ungarische Revolution) sorgten dafür, dass die «liberale» nicht weiter verfolgt wurde.

Der 21. ausserordentliche Parteikongress (1959) war und ist von doppelter Bedeutung. Aussenpolitisch wurde die friedliche Koexistenz als Haupttaktik der kommunistischen Bewegung definiert, da sie ohne Kriegsrisiken zum strategischen Endziel, zum Sieg des Weltkommunismus, führen könne. Innenpolitisch wurden zwei wichtige Aufgaben gestellt: die stufenweise «Vergesellschaftlichung» des Staates durch die zunehmende Aktivität und Rolle der Gesellschaftsorgane einerseits, und die Annahme des Siebenjahresplanes (bisher sechs Fünfjahrespläne) auf wirtschaftlichem Gebiet andererseits.

Weltherrschaft via Entwicklungsländer

Das jetzige Treffen wird die seit 1959 eingeschlagene Politik weiterentwickeln. Seine eigentliche Bedeutung erhält es aber durch die Annahme vom neuen Programm und Statut der KPdSU. Das Programm bis 1980 kündigt Uebergang zum Vollkommunismus an, weil die Periode des sozialistischen Aufbaus (seit 1918) als abgeschlossen betrachtet wird. Wirtschaftlich erklärt es, die Sowjetunion werde alle kapitalistischen Länder hinter sich lassen. Gesellschaftlich soll der Staat absterben. Vollständig wird das aber laut Programm und der massgebenden Partei-Ideologie erst möglich sein, wenn der «Imperialismus» aufgehört hat zu existieren, d. h. die ganze Welt kommunistisch geworden ist. Ein genauer Zeitpunkt dafür wird nicht angegeben, doch lautet der Schlusssatz des Programms: «Die Partei verkündet feierlich: die heutige Generation der Sowjetbürger wird im Kommunismus leben.» Die Volksdemokratien sind bezeichnenderweise bereits im innenpolitischen Teil des Programms behandelt.

Als Mittel zur Machtergreifung in der Welt wird (I. Teil, Kapitel 5) der Kampf um die Demokratie erklärt, der als Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus definiert wird. Der Weltkommunismus soll als eine Kette von getrennten, aber von allen kommunistischen Parteien unterstützten Revolutionen vorbereitet werden.

Noch sind die sowjetischen Machthaber in ihrer Formulierung bezüglich ihrer Revolutionsziele im Westen vorsichtig. Dagegen ist die Machtergreifung in den Entwicklungsländern Gegenwartsziel: «Die KPdSU betrachtet das brüderliche Bündnis mit den Völkern, die das koloniale oder halbkoloniale Joch abgeschüttelt haben, als einen Grundpfeiler ihrer internationalen Politik..., als ihre internationale Pflicht, die Völker, die den Weg zur Erreichung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit gehen, sowie alle Völker, die für die vollständige Vernichtung des Kolonialsystems kämpfen, zu unterstützen (Teil 1, Kapitel 5).

Am 1. Oktober haben in der Sowjetunion die Parteischulen mit ihrem Unterricht begonnen. Die Parteischulungskurse werden dieses Jahr von eineinhalb Millionen Kommunisten und Parteilosens besucht. Zusätzlich nehmen noch 135 000 Jugendliche an den Komsomol-Ausbildungskursen teil. Die Absolventen der Lehrgänge werden «ihre Kenntnisse in den Beratungsgruppen den Fragestellern zur Verfügung stellen».

Weissrussische Sozialistische Sowjetrepublik

Auch die Bjelorussische SSR ist in der UNO vertreten

Geschichte: Während der Revolution scheiterte der Versuch des «konterrevolutionären» weissrussischen «Rada» (genau wie jener des «Ukrainischen Rada»), die Unabhängigkeit Weissrusslands zu garantieren. Der im Dezember 1917 einberufene «All-Weissrussische Kongress» wurde mit Moskaus Hilfe auseinandergetrieben und der bewaffnete Aufstand von Rotgardisten niedergeschlagen.

Auf Stalins Vorschlag beschloss das ZK der KP Russlands am 23. Dezember 1918 die Gründung der Weissrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Damit beauftragt (ebenso mit der Errichtung der bjelorussischen KP) wurde der Sekretär des weissrussischen Gebietskomitees der KP Russlands. Die Gründung der Republik erfolgte am Weihnachten 1918 in Moskau (!) nach Annahme des diesbezüglichen Beschlusses des Zentralkomitees der Russischen KP.

Der erste All-Weissrussische Sowjetkongress proklamierte am 3. Februar 1919 die unabhängige Weissrussische Sowjetrepublik. Am nächsten Tage wurde jedoch die einheitliche Litauisch-Weissrussische SSR gebildet (gleichzeitig mit Vereinigung der Parteien).

1. Juli 1919: Dekret des Zentralen Exekutivkomitees der RSFSR über den Militärbund mit der Ukraine, Litauen und Weissrussland (Vereinigung mit der RSFSR und der Ukraine).

Verfassungen: 1919, 1925 und 1937.

Verfassungsgemäss ist die Weissrussische SSR ein souveräner Staat und ist laut Verfassungsreform von 1944 (Unionsgesetz) zur Errichtung eigener Truppenformationen, zur Aufnahme unmittelbarer Beziehungen mit dem Ausland (mit Schliessung

von Abkommen) und zur Unterhaltung diplomatischer und konsularischer Vertretungen berechtigt. «Selbständiges» Uno-Mitglied. (Besondere weissrussische Staatsbürgerschaft gibt es ebenso wenig wie weissrussische Staatsgrenzen.)

Staats- und Regierungsform: wie bei der Ukraine.

Fläche: 207 600 Quadratkilometer. Grosser Kriegsgewinn von Polen (westliche Gebiete).

Hauptstadt: Minsk (über eine halbe Million Einwohner). Drei weitere Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Einwohner: 8 060 000 (1959). Davon 31 Prozent Stadtbevölkerung und 69 Prozent Landbevölkerung.

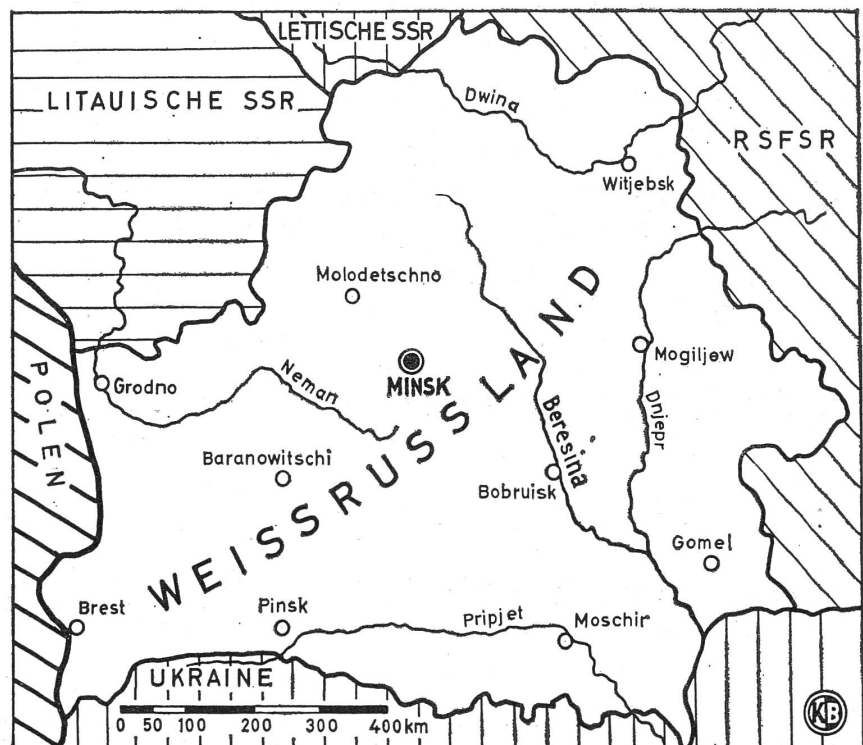
Bevölkerung: 6 444 000 (80 Prozent) Weissrussen, 729 000 (9,1 Prozent) Russen, 539 000 (6,7 Prozent) Polen, je 150 000 (1,9 Prozent) Ukrainer und Juden.

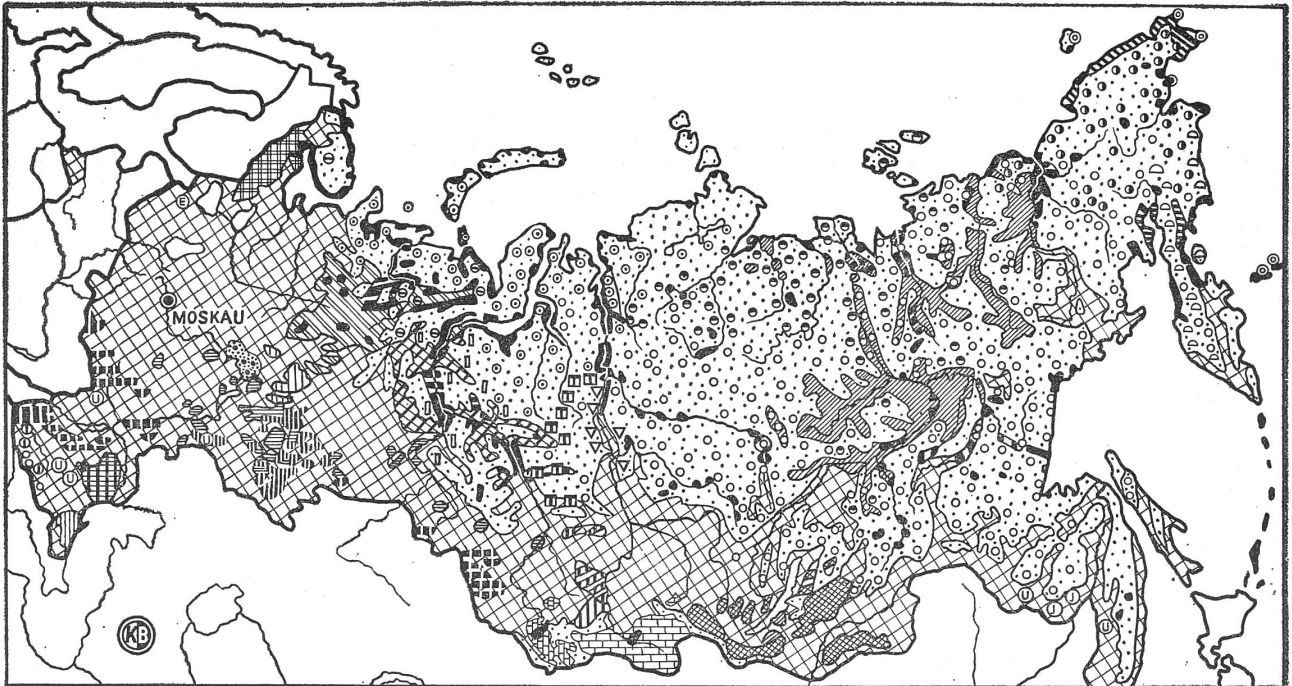
Wirtschaft: In der landwirtschaftlichen Produktion besonders hervortretend Kartoffelanbau, Milchwirtschaft und Viehzucht (bedeutende Schweinezucht).

In der Industrieproduktion sind Maschinenbau, Metall- und Holzverarbeitung besonders wichtig. Spezialität sind Traktoren (auf 1965 veranschlagt ein Fünftel der Unionsproduktion) und Lastwagen (besonders schwere Typen).

Den ersten Platz unter den bedeutendsten Energie- und Rohstoffquellen nimmt der Torf ein. Die Stromgewinnung nimmt zu (7 Md. kWh jährlich bis 1965 geplant).

Neuesten Datums sind nebst andern Industrien (darunter Uhrenfabrik in Minsk) Baumwollverarbeitung und Erdölraffinerien (grossteils noch im Bau). Die nach dem Krieg völlig wiedererbaute Industrie ist allgemein im Aufschwung begriffen.





Bevölkerungsverteilung der RSFSR

In der grössten sowjetischen Republik leben über 50 verschiedene Völkerschaften, die allmählich russifiziert werden. Unsere Spezialkarte hält, nach sowjetischen Vorlagen, eine Uebersicht über die wichtigsten Gruppen in ihrer Verteilung fest, solange sie als Nationalitäten noch nachzuweisen sind — und soweit man sie offiziellerseits überhaupt noch nachweisen will.

Beides ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Zunächst sei an das Bevölkerungsverhältnis erinnert. Von den 117,5 Millionen Einwohnern der RSFSR (letzte Volkszählung 1959) sind gut 100 Millionen Russen (oder «Grossrussen», will man den Unterschied zu den Weissrussen betonen, die sich als eigene Volksgruppe im 14./15. Jahrhundert gebildet haben). Der Rest verteilt sich auf die vielen Minderheiten, von denen wiederum einige wenige (vier Millionen Tataren und dreieinhalb Millionen Ukrainer) grosse Prozentsätze ausmachen. (Die quantitativ noch beachtlichen 1,4 Millionen Tschuwaschen haben wir in unserer Darstellung nicht berücksichtigt, da sie von den russischen Vorlagen nur in ihrem kleinen Ursprungsgebiet am mittleren Wolgalauf eingezeichnet werden.) Die Russen, die sich ohnehin schon als Majorität durchsetzen, wurden ferner aus wirtschaftlichen Ueberlegungen und siedlungspolitischen Sicherheitsgründen in sämtlichen Gebieten der RSFSR angesiedelt, wo sie allgemein dominant geworden sind.

In den spärlich bewohnten Gebieten Sibiriens (die ja weitgehend durch nichtrussische Deportationen urbar gemacht wurden) ist die russische Koloniebildung wenigstens entlang der Flüsse und um die Handelsumschlagplätze und strategischen Zentren auf unserer Karte gut ersichtlich. In kleinerem Masse trifft dies übrigens auch für die Ukrainer zu, die nicht nur in der Nähe ihrer Republik vermerkt sind, sondern auch nördlich von Kasachstan und im fernen Osten (Gegend von Chabarowsk und Blagowjeschtschensk).

In diesen Fällen handelt es sich um eine zwar geförderte und oft genug auch ge-

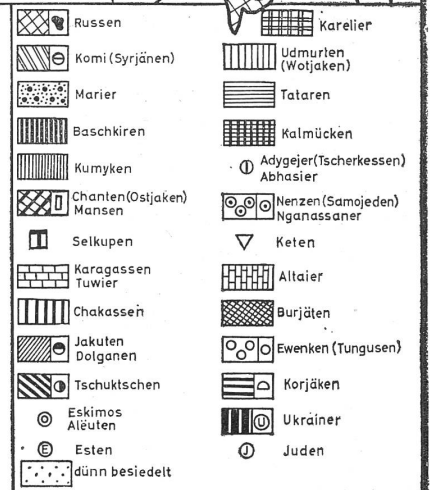
zwungene, aber immerhin noch als «normal» zu betrachtende Vermischung.

Anders verhält es sich bereits im Falle Ostpreussens, das die sowjetischen Werke schlicht und einfach als hundertprozentig von Russen bewohnt darstellen. Zwar ist die Bevölkerung dort tatsächlich weitgehend ausgewechselt worden (über die Neuansiedlung der abgelösten Bevölkerung lässt sich begreiflicherweise aus der sowjetischen Quelle nichts ersehen), aber die bewusste Verfälschung des ethnographischen Tatbestandes ist um so deutlicher ersichtlich, als sonst die (in wenigstens nicht allzu fernen Vergangenheit) ursprünglich ansässigen Volksgruppen recht peinlich genau angegeben sind.

Das gilt natürlich insbesondere für Sibirien, wo man auf pitoreske Stammesbezeichnungen stossen kann (einschliesslich der Eskimos gegen Alaska zu), nicht aber auf die Namen der in Massendeportationen angesiedelten fremden Nationalitäten.

Die Esten beispielsweise, die ihren Weg in die sibirischen Bergwerke (wenn nicht Massengräber) fanden, werden tatsächlich in der ganzen RSFSR nur unmittelbar neben ihrer alten Heimat eingezeichnet, als ob es sich um eine Folge einer normalen kleinen Expansion über die Grenzen handelte. Von den andern baltischen Völkern und den übrigen verschleppten Volksgruppen (siehe KB Nr. 38) ist in den fraglichen «Ansiedlungsgebieten» nichts zu sehen.

Der Uebersichtlichkeit halber sind in unserer Karte zahlreiche Minoritäten nicht eingezeichnet. Nach Gebieten geordnet, wo sie zur Hauptsache ansässig sind, zählen wir die wichtigsten auf.



Nordwesten des europäischen Teiles der RSFSR: Ischoten, Wespen, Kappen.
 Wolgagebiet: Mordwinen, Tschuwaschen.
 Kaukasus: Nogajer, Kartaschajer, Awaren, Darghiner, Lesghier, Lakhier, Tabarassaner, Kabardiner, Tscheschenen, Ossetier.
 Nordwest-Sibirien: Nenzen (Samojeden), Nganassaner.
 Süd-Sibirien: Schorten.
 Nordost-Sibirien: Itälmen.
 Ost-Sibirien: Jukagiren.
 Insel Sachalin (nördlich von Japan): Udegejzi, Orotschonen, Niwier.

Landwirtschaft

Wieder Kasachstan

Schon fast am Vorabend des 22. Parteitag der sowjetischen KP, auf dem, wie man erwartete, Chruschtschew wieder einen neuen absoluten Ernetrekord verkünden wird, haben die neuerschlossenen landwirtschaftlichen Gebiete Kasachstans dem sowjetischen Partei- und Regierungschef erneute Enttäuschung bereitet.

Der erste Parteisekretär dieser Gebiete, T. I. Sokolow, gab bekannt, dass die dies-

jährige Ernte dieses wichtigen Getreideanbaugesbietes nur zwei Drittel der geplanten Menge erbracht habe, was die schlechteste Ernte seit dem Unglücksjahr 1957 gewesen sei.

Sokolows Bericht, den dieser auf den Parteitag vorbereitenden Konferenz der kommunistischen Partei der «Tselinnje Krai» (Neulandsiedler) vorgetragen hatte, wurde in der Landwirtschaftszeitung des Zentralkomitees der sowjetischen KP «Selskaja Schisn» veröffentlicht und später durch «Prawda»-Berichte bestätigt.

Pro Hektar konnte nur ein Ertrag von 7 Zentnern erzielt werden. Geplant waren 11 Zentner pro Hektar. Damit ist der Ertrag noch niedriger ausgefallen als in den vorausgegangenen Jahren 1959 und 1960. Damals hatten die geringen Ernteerträge Chruschtschew veranlasst, eine grosse Zahl von Parteifunktionären wegen Unfähigkeit zu entlassen.

Die Tselinnje Krai sind die grössten und bedeutendsten Gebiete Kasachstans. Sie umfassen nahezu drei Viertel der 22 Millionen Hektaren grossen Getreideanbaufläche dieser transkaukasischen Sowjetrepublik. Gewöhnlich liefern diese Gebiete zwischen 16 und 23 Prozent des gesamten Getreides der Sowjetunion.

Auf Grund von Chruschtschews Kritik im vergangenen Jahr erhielten die neuerschlossenen Gebiete während der Winter- und Frühjahrsmonate umfangreiche technische Hilfe. Das Land wird dort zum Grossteil durch Staatsgüter bebaut. Den 638 grossen Staatsgütern stehen nur 107 gewöhnliche landwirtschaftliche Kollektivbetriebe gegenüber. Ein Grossteil der letzteren wurde während des Umorganisationsprozesses allmählich in Staatsgüter überführt.

Nun wird es Chruschtschew, der die forcierte Anbauschlacht in den Neulandgebieten zu einer persönlichen Prestigefrage gemacht hat, schwerer finden, Sündenböcke bereit zu halten. (Im allgemeinen sind die bisherigen Ernteergebnisse und Aussichten in der Sowjetunion dieses Jahr besser als letztes Jahr, als die gesamte Agrarwirtschaft empfindliche Rückschläge erlitt).

Allgemein

SBZ

Pioniere im Personenkult

Ein Personenkult, wie er nur aus der Stalin-Aera bekannt ist, wird gegenwärtig um die Person Ulbrichts entfaltet.

Ein Beschluss der Zentralleitung der kommunistischen Kinderorganisation «Junge Pioniere» der Sowjetzone sieht vor, «in allen Pionierfreundschaften Ehrenplätze für Walter Ulbricht einzurichten». In den hierfür herausgegebenen Anweisungen für die politisch-ideologische Zielsetzung wird u. a. gesagt, der «Ehrenplatz für Walter Ulbricht dürfe nicht eine Gedenkecke schlechthin sein, die mit der Zeit nicht mehr beachtet wird, sondern zum politischen Gewissen der Freundschaft werden». Alle «Pioniere» müssten vielmehr «persönliche Beziehungen zu ihr» haben.

Um das zu erreichen, soll mit den 6- bis 13jährigen «Jung-» und «Thälmann-Pionieren» darüber gesprochen werden, «wie Walter Ulbricht bereits als Kind am Klassenkampf teilgenommen hat» und wie er «rastlos an der Schaffung und Festi-

gung des ersten deutschen Friedensstaates gearbeitet» habe. Dabei müsse stets davon ausgegangen werden, «dass Walter Ulbricht der grösste lebende deutsche Arbeiterführer ist».

«Die Wandfläche muss natürlich ein schönes Bild von Walter Ulbricht schmücken, möglichst mit Pionieren», wird den «Pionierfreundschaften» vorgeschlagen. Es wird geraten, «dahinter ein rotes Tuch zu spannen mit der Losung: Wir lieben unsere Republik — mit Walter Ulbricht für Deutschlands Glück.»

Den «Jungen Pionieren» ist die Aufgabe gestellt, Material über das Leben Ulbrichts zu sammeln, «das die Grundlage für ständig wechselnde Zusammenstellungen aus dem Leben und Schaffen des grossen Vorbildes abgibt».

Ein Regiment «Walter Ulbricht» wollen Studenten der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig aufstellen. Das Studium soll für die Dauer eines Jahres «oder auch länger» unterbrochen werden.

«Gleiche Präzision»

Einen weiteren und besonders deutlichen Beleg dafür, dass der 13. August nur als Auftakt und keineswegs als Abschluss zu werten ist, lieferte der sowjetzonalen Innenminister Maron (siehe Curriculum) mit einem kürzlichen Tagesbefehl:

«... In den Dienststellen und Einheiten gilt es alle Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, alle sich im Zusammenhang mit dem deutschen Friedensvertrag ergebenden komplizierten Aufgaben mit der Präzision des 13. August zu lösen...»

Waren nur für Sowjets

Sowjetoffiziere und -soldaten, die in der Sowjetzone stationiert sind, sind die einzigen, die ohne Ausweispflicht «hochwertige Industriegüter» im Einzelhandel kaufen können. Dazu gehören Prismen- und Theatergläser, Foto- und Filmapparate mit allen Zusatzgeräten, Porzellane, Einzelstücke oder Gedecke ab 50 Mark, Schreib- und Rechenmaschinen aller Typen, gleichgültig ob neu oder gebraucht, sowie Antiquitäten. Dies ist in einer «internen Dienst-anweisung» des Sowjetzonen-Ministeriums für Handel und Versorgung angeordnet, die am 1. Oktober 1961 in Kraft getreten ist. Auf Rechnungen ist lediglich vom Verkäufer einzutragen: «Sowjetischer Militärangehöriger.»

Alle Sowjetzonenbürger dagegen müssen gültige Personalausweise vorlegen und auf der dreifachen Rechnung, auf der Name, Anschrift und Personalausweisnummer des Käufers eingetragen wird, einen Revers unterschreiben, dass der gekaufte Gegenstand im jederzeit kontrollierbaren persönlichen Besitz verbleibt. Je ein Durchschlag der Rechnungen wird dem Staatssicherheitsdienst und dem Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zuge stellt.

Die ostzonalen Bauern treten den LPGs alle freiwillig bei. Aber wenn sie es nicht tun, ist es jetzt ganz offiziell ein Verbrechen, wie aus einer Urteilsbegründung hervorgeht: «Die Skala seiner Verbrechen reicht von Staatsverleumdung bis zu seiner hartnäckigen Weigerung, der Genossenschaft beizutreten.» Der angeklagte Einzelbauer wurde als «Feind der Gesellschaft» zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

BRIEFE

Ist der heutige Kommunismus eine Ideologie?

Was mich im heutigen Kampf zwischen West und Ost immer wieder in Erregung bringt, ist das Zugeständnis des Westens an den Kommunismus, eine Ideologie zu sein. Ich stelle mir unter Ideologie nämlich immer eine Weltanschauung mit dem Ziel einer Weltverbesserung auf freiem Willen eines jeden daran Mitwirkenden vor.

Von all dem ist aber beim heutigen Kommunismus keine Rede mehr. Mögen Marx und Engels als Begründer des Kommunismus es mit ihren Theorien ernst und gut gemeint haben, ist diese Ideologie heute von der Bildfläche verschwunden.

Ich behaupte: «Der heutige Kommunismus ist reines Verbrechen.» Er sollte vom Westen als solches viel stärker gebrandmarkt werden. Wenn sich der Kommunismus in Russland nicht auf Macht, Unterdrückung und Terror stützen könnte, er existierte schon lange nicht mehr. Genau so (viel mehr so, Red. KB) ist es in den andern Moskau hörigen Staaten: die Masse der Bevölkerung will Freiheit, sowohl in Politik als auch in Wirtschaft, und nur die durch Verrat am eigenen Volk zu Amt und Würde gelangten «Genossen» sorgen dafür, ihre Posten nicht zu verlieren. Einen deutlicheren Beweis für die Richtigkeit obiger Betrachtungen, als ihn vor dem 13. August die Massenflucht aus der Sowjetzone darstellte, brauchen wir kaum mehr.

Denken wir zurück an die Millionen, die in der Sowjetunion seit 1910 hingerichtet, deportiert oder spurlos verschwunden sind, weil sie sich diesem Zwang aus persönlicher Ueberzeugung nicht einordnen konnten oder wollten, so haben wir dafür eine weitere Bestätigung.

Sobald der Einzelne nicht mehr selber zur Befriedigung seiner Ansprüche beitragen kann, verliert er alles Interesse am Wohlergehen der Gemeinschaft und des Staates. Dies wird wiederum bewiesen durch die schlechten Erträge vieler Kolchosen, hauptsächlich der weit abgelegenen, wo Kontrolle, Gewaltanwendung und Arbeitszwang viel schwieriger sind.

Und ein solchermassen auf Gewalt, Terror und Bespitzelung aufgebautes System nennen wir «Ideologie»!

Die Machtgier, die Angst, zur Verantwortung gezogen zu werden, oder den hohen Posten zu verlieren ist es, was die Machthaber im Kreml davon zurückhält, das untaugliche System des Kommunismus aufzugeben, und das Land unter Berücksichtigung der heutigen sozialen und technischen Fortschritte einem freiheitlichen Wohlstand zuzuführen.

Aus all diesen Gründen sollte der Westen aufhören, im Kommunismus eine Ideologie zu sehen. Er ist es nicht, denn da wo man seine eigene Meinung nicht äussern kann, nicht einmal im Kreis seiner nächsten Angehörigen, ohne von Gefängnis, Deportation oder Tod bedroht zu sein, ist die der Staatserhaltung dienende Grundlage das Verbrechen. B. G. in Gümligen

Sie haben eine wichtige Frage gestellt, und Sie haben sie auf die richtige Weise angepackt. Ueber die kommunistische Ideolo-

gie als abstrakter Begriff (die — es muss nur einer dran glauben — natürlich auch heute existieren kann) liesse sich ja vermutlich diskutieren. Entscheidend aber ist ihre ganz konkrete Verwendung als Mittel, um einem verbrecherischen System zur Weltherrschaft zu verhelfen. Entscheidend ist, dass sie dazu benutzt wird, ein verlogenes Bild de.; kommunistischen Machtbereichs zu entwerfen. Entscheidend ist, dass sie in den Händen ihrer «Träger» zu einem blossen Instrument der Gewalt geworden ist, die Hunderte von Millionen Menschen jeder Freiheit der Meinung, des Ausdrucks und der Tat beraubt. Die «kommunistische Ideologie» ist nach aussen fälschende Propaganda, nach innen brutaler Zwang. Selbst unter der Voraussetzung, dass die kommunistische Ideologie «an sich» wirklich prüfenswert wäre, hätte sie mit ihrer heutigen Anwendung ungefähr soviel zu tun, wie Christentum mit Autodafé.

Ueberdies stimmt schon die Voraussetzung nicht. Wir erinnern (Dr. Sager, KB Nr. 38) an «die Tatsache, dass die kommunistische Lehre kein einziges Postulat aufstellen konnte, dass nicht entweder wissenschaftlich zu widerlegen wäre, oder dass sich nicht ausserhalb des kommunistischen Systems mindestens ebensogut verwirklichen liesse.»

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Der heutige Kommunismus ist möglicherweise unter andern eine (unstichhaltige) Ideologie, sicherlich aber ein verbrecherisches System mit einer (missbrauchten) ideologischen Grundlage. Greifbar und wirklich ist aber nur das System. Red. KB

Verwaltung

Tschechoslowakei Immer zentralistischer

In der Tschechoslowakei wurde ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Zentralisierung der Macht auf Kosten der slowakischen Autonomie unternommen.

Der slowakische Nationalrat, der seinen Sitz in Pressburg hat, gab die Abschaffung der slowakischen Kommission für Staatskontrolle bekannt. Seine Aufgaben werden in Zukunft vom Zentralamt für Staatskontrolle und Statistik in Prag wahrgenommen.

Die nun abgeschaffte Kommission war eine der wichtigsten der acht Kommissionen gewesen, die der Slowakei nach der grossen Verwaltungsreform des Jahres 1960 verblieben waren.

Diese Entwicklung begann im Juli vergangenen Jahres mit der Proklamation der neuen «sozialistischen» Verfassung der Tschechoslowakei. Im Zuge der folgenden administrativen Aenderungen wurde die slowakische Regionalregierung abgeschafft und die Zahl der bis dahin bestehenden 16 Kommissionen (Regionalministerien) wurde auf acht verringert.

Die restlichen acht Kommissionen wurden dem slowakischen Nationalrat eingegliedert, der bis dahin eine rein legislative Funktion ausgeübt hatte. Nun sind im Nationalrat sowohl Legislative als auch Exekutive vereinigt, was in der öffentlichen Verwaltung ungewöhnlich ist.

Der Leiter des Zentralamtes für Staatskontrolle in Prag, Pavel Majling (Curriculum, KB Nr. 28), ist allerdings Slowake. Er war stellvertretender Vorsitzender des

slowakischen Nationalrats und Vorsitzender der slowakischen Planungskommission gewesen. Deise Position wurde jetzt — nach dreimonatiger Vakanz — durch Michal Sabolcik, einem Parteipolizisten für Planung, Industrie und Handel, besetzt.

Soziales

Ungarn Nähe Nullpunkt

Es gibt in Ungarn LPGs, in denen sich der Kolchosbauer mit seinem Taglohn ein halbes Päckchen Zigaretten kaufen kann. Und dies erst noch nur deshalb, weil Zigaretten zu den wenigen Waren gehören, die billig sind. Sie kosten gut 50 Prozent weniger als bei uns.

Auf den Zeitpunkt des fünften Jahrestages der Revolution ist die Stimmung bei der Bevölkerung dem Nullpunkt nahe gekommen. Zum verschärften politischen und polizeilichen Terror (siehe KB Nr. 40) tritt eine wirtschaftliche Notlage hinzu, die diesen Herbst ihre bisher grössten Ausmasse erreicht hat.

Das gilt weniger für die Industrie (obwohl sie ihre Investitionen zurückstellen musste — siehe KB Nr. 38) als vielmehr für die Landwirtschaft. Ein Jahr nach der grossen Kollektivierungsaktion stellt sich die fast in einem Zuge durchgeführte Kolchosbildung noch deutlicher als erwartet als wirtschaftlicher Fehlschlag heraus. Die Bauern haben das Interesse verloren: Land, Saatgut, Werkzeuge werden schlecht genutzt. Die meisten LPGs sind dem Staate gegenüber verschuldet, und unter diesen Umständen funktionieren die für den Eintritt ins Kollektiv in Aussicht gestellten Sozialleistungen (Altersrenten, Invalidenentschädigungen usw.) nicht. Am meisten hapert es mit der Entlohnung. Während einige starke Genossenschaften für eine «Arbeitseinheit» (Tages-Plansoll) 30 bis 35 Forint zahlen, beträgt der Taglohn in andern LPGs ganze zwei Forint. Das sind nicht nur im Umtauschwert, sondern auch an der innern Kaufkraft gemessen, etwa 24 Rappen.

Ein Paar Schuhe kosten 550 Forint, ein Herrenanzug das Vierfache.

In der Industrie kann ein Facharbeiter immerhin seine sieben Forint in der Stunde verdienen und durch Akkordarbeit auf mehr kommen.

Einen ungewöhnlichen Protest erhob kürzlich die Budapestetr «Nepszabadsag», als sie gegen die Ueberfüllung der Produktionspläne Stellung nahm:

«Es muss gegen die schädliche Auffassung und Praktik angekämpft werden, denen zufolge alle verfügbaren Rohstoffe um jeden Preis verbraucht werden müssen, weil dies für die Betriebe mit momentanen Vorteilen verbunden zu sein scheint...»

Aus dem Bericht des Ministeriums für Schwerindustrie z. B. geht hervor, dass die Ueberproduktion von einem bedeutenden Rohstoffmehrerverbrauch begleitet war. In der Gummiindustrie beispielsweise übersteigen die verbrauchten Materialwerte und die ausbezahlten Löhne den Wert der Ueberplanproduktion. Dazu kommt noch, dass von der Uebersollproduktion der Betriebe der Schwerindustrie im 1. Halbjahr nur 23,7 Prozent dem Export zugeleitet wurden...»

Curriculum der Woche

KARL MARON

Innenminister der SBZ seit 1955, Generalleutnant der Deutschen Volkspolizei.

Geboren am 27. April 1903 in Berlin als Sohn eines Arbeiters. Ausbildung als Maschinenschlosser. Seit 1926 Mitglied der KP, führend im Arbeitersport tätig. Emigriert 1934 nach Dänemark und von dort in die Sowjetunion. 1943 Mitglied des «Nationalkomitees Freies Deutschland» (damals gegründete Moskauer Organisation, der auch Ulbricht angehörte) und Redaktor an der Kriegsgefangenenzeitung «Freies Deutschland».

Im Mai 1945 erster Stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin. 1947 Vorsitzender der SED-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, im November 1948 Stadtrat für Wirtschaft im Magistrat von Ostberlin. Im November 1949 stellvertretender Chefredaktor des SED-Zentralorgans «Neues Deutschland», ab 31. August 1950 Generalinspektor und Chef der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei (DVP). Innenminister wurde er als Nachfolger von Stoph am 28. Juni 1955.

Mitglied des ZK der SED seit April 1954, Abgeordneter der Volkskammer seit November 1958.

Die Folge, eine allgemeine Landflucht, kann nur deshalb nicht auftreten, weil den LPG-Mitgliedern praktisch keine Bewilligung zum Wohnortwechsel gewährt wird (ein Stellenwechsel auf dem Lande bedarf mehrfacher Genehmigung, die fast durchwegs verweigert wird). Dennoch wissen die Kolchosen den Winter über ihre Mitglieder nicht genügend zu beschäftigen. Betrifft die Verstimmung aus wirtschaftlichen Gründen vor allem die betrogenen Bauern und Landarbeiter, so ist eine Krisenstimmung anderer Art im ganzen Volk verbreitet: Die Kriegspsychose. Die Regierung hat sie durch die ununterbrochenen Berichte vom «westlichen Kriegshetzen» verursacht und kann sie nicht mehr bändigen. Von Hamsterkäufen hatte man aus Ungarn bisher weniger gehört als aus Polen, aber dass sie reichlich getätigt werden, zeigt die wiedergegebene Karikatur von «Magyar Nemzet».



Hausfrau: «... Und in den Säcken sind die Medikamente»

Ueber die erschütternde Tatsache, dass weite Bevölkerungsteile sogar den Krieg ersehnen, haben wir berichtet. Sie bleibt ergreifender als alle Berichte über eine verfuhrwerkte Agrarwirtschaft.

Unser Memo

Am nächsten Montag sind es 5 Jahre her, dass sich die ungarischen Arbeiter und Studenten gegen die Klasse der ausbeutenden Partei erhoben. Da die internationale Solidarität für die Befreiung der Völker gegen den kriegsstarren Imperialismus nicht aufkommen konnte, gelang es den Panzerverbänden der sowjetischen Kolonialmacht, die kommunistische Reaktion wieder in den Sattel zu heben. Mit faschistischen Henkermethoden nahmen die Kadar-Revanchisten ihre Rache an der Bevölkerung, um ihr konterrevolutionäres System zu festigen. Aber die unterdrückten Massen sind bereit. Sie wissen, dass die friedliebenden Kräfte der ganzen Welt ihren Kampf um die Befreiung vom kolonialen Joch unterstützen. Selbst Drohung mit den Atombomben wird den Kriegshetzern im Kreml nichts nützen, denn sogar in Parteikreisen ist man sich bewusst, dass ein Nuklearkrieg den Zusammenbruch des aggressiven Terrors bedeuten würde. Die militärische Allianz der Warschaupaktstaaten wird von den Werk-tätigen der betreffenden Staaten gehasst. Die Comecon-Organisation der Rubelgewaltigen, welche die Länder aussaugt, hält keinem Stoss stand. Ein Abenteuer des neuen Hitlers gegen den Westen würde wie dasjenige seines Vorgängers enden. Es ist der Augenblick, um zielbewusst die Befreiung der versklavten Völker zu fordern. Wir verlangen den Abzug der Kolonialtruppen aus den versklavten Gebieten bis zum Mai 1962. Wir sind zu Verhandlungen über die Modalitäten des Abzuges bereit, um den Frieden zu retten. Doch muss sofort eine internationale Kommission dreier neutraler Staaten (Schweiz, Schweden, Oesterreich) mit den Vorbereitungen beginnen. Ferner bleibt der Weltfrieden bedroht, solange die Probleme, der baltischen Länder, der Moldau, der widerrechtlich annektierten polnischen Gebiete und der Ukraine nicht gelöst sind. Diese Staaten müssen ihre versprochene Souveränität sofort erhalten. Das Kriegsgeschrei der Imperialisten-Clique im Kreml wird uns nicht davon abhalten, die Lösung dieser dringenden Probleme friedlich und zielbewusst anzustreben.

Die Spitzen der kommunistischen Partei-klassen werden versuchen, die grosse Befreiungsbewegung durch Provokationen aller Art zu verhindern. Sie haben bereits den neofaschistischen Gau Ulbrichts her-

metisch abgeriegelt und glauben, die Macht des Friedensgedankens durch eine tote Zone von fünf Kilometern aufhalten zu können. Sie versuchen, durch Agenten und Diplomaten, durch Abwerbung und Entführungen den Freiheitswillen der Völker zu unterminieren. Alle diese terroristischen Verzweiflungsakte sind kräftig abzuschlagen, den Agenten das Handwerk zu legen. Nichts kann uns vom Ziel abbringen, die ausgebeuteten Massen zu befreien.

*

Ein abgeschmacktes Memo aus Anlass des tragischen ungarischen Freiheitskampfes? Es war Absicht, Uebelkeit zu verursachen. Denn bei denjenigen, die den Jargon in der Absicht benützen, uns zu vernichten, reagieren wir mit «Prüfen», mit Zurückweichen und mit Suche nach Kompromissen. Dabei ist es faktisch so, dass das Gesagte in unserer Ausnahmeversion zutrifft, in der kommunistischen Gewohnheitsversion aber zu hundert Prozent gelogen ist. Wir zögern, eine Wahrheit zu sagen, aus Furcht, wir könnten demagogisch wirken. Wir zögern nicht, auf eine Lüge einzugehen, aus Furcht, wir könnten unfriedfertig oder unobjektiv wirken.

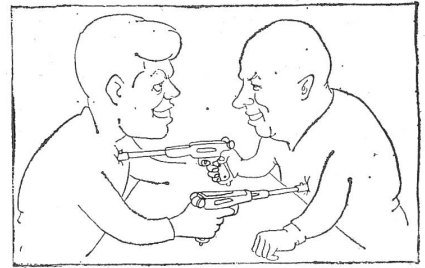
Der übelriechende Jargon, mit dem wir im Westen uns nicht befassen wollen, verdeckt bei Millionen Menschen Unterdrückung, Not und Tod. Uns bedroht er mit dem gleichen. Ekel zu empfinden kann daran hindern, Grauen zu fühlen.

Wäre es nicht an der Zeit, etwas weniger «geschmackt» und etwas tätiger zu sein?

Der Schnappschuss

Das bulgarische Binnenministerium hat den Boykott einer Schuhfabrik angeordnet und wurde dafür öffentlich kritisiert. Die Anweisung an alle Handelsorganisationen im Lande, unverzüglich die Einkäufe von bestimmten Schuhen einzustellen, richtete sich gegen das Werk «Petar Celengov» in Plovdiv, das über 2000 Arbeiter beschäftigt. Begründung: Die Fabrik produzierte zuviel Ausschussware. «Das Handelsministerium war erstmals in seiner Praxis gezwungen», bemerkt «Rabotnitschesko Delo» in Sofia, «eine so ungewöhnliche Massnahme zu ergreifen.»

In der gleichen Nummer der Zeitung nimmt der Parteisekretär der betroffenen Stadt, Stellung gegen die «unüberlegte» Verordnung, die gerade auf den Winter hin grossen Schaden anrichten könne.



10, 9, 8, 7, 6...

Eine jugoslawische («Pobjeda») Glosse zur Weltlage. Was vielleicht noch fehlt, ist der Blick unter den Tisch. Man hätte dabei festzustellen, dass Chruschtschew seinem «Verhandlungspartner» gleichzeitig noch in den Magen tritt.

Der Byzantologen-Kongress in Ohrid gab nicht nur zu ost-westlichen Auseinandersetzungen Anlass (siehe KB Nr. 38), sondern auch zu jugoslawisch-bulgarischen. Die bulgarische Delegation besuchte das Kloster des Hl. Namus, eines der ältesten Klöster Mazedoniens, und benutzte die Gelegenheit zu folgender Eintragung ins Gästebuch: «Anlässlich der 12. internationalen Byzantologenkongresses hat die Delegation der bulgarischen Wissenschaftler eines der ältesten Zentren der slawischen und bulgarischen Kultur besucht.» Die Belgrader «Borba» reagierte auf diese kulturelle Annektionskundgebung mit Schärfe: Die «chauvinistische Eintragung» gehöre «bestimmt nicht zu den Fachkenntnissen eines Geschichtsforschers.»

*

Eine jugoslawische Definition gebar anlässlich einer Befragung (siehe KB Nr. 39) der Schriftsteller Matej Bor, von dem man wissen wollte, ob er an verschiedene Blöcke in der Weltliteratur glaube: «Ja, Realismus und Antirealismus. Ich bin für aktive Neutralität» (= antipassive Nichteinmischung).

*

An der Universität von Taschkent wurde eine vorbereitende Fakultät für ausländische Studenten errichtet, die dort auf ihr Studium an den sowjetischen Universitäten vorbereitet werden.

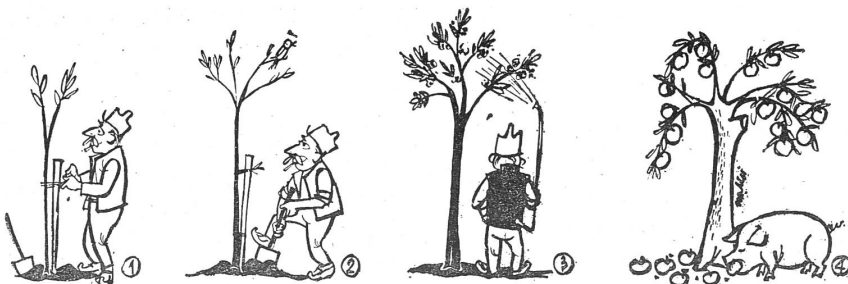
Die Buchbesprechung

Jürgen Pechel: Sieben Himmel Asiens

Ein Reisetagebuch, Verlag für internationalen Kulturaustausch, Frankfurt, 1959.

Sieben Länder, sieben Völkerschicksale umreist Jürgen Pechel in diesem Buch: Neuguinea — Australien — Indonesien — Singapur und Malaya — Thailand — Hongkong und Formosa — Japan. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs Rotchinas schildert der Autor die Beziehungen dieser Länder untereinander und ihre wachsende Bedeutung für uns. Der Leser erhält ein umfassendes Bild der Situation und heutigen Probleme der fernöstlichen Welt.

Jürgen Pechel beschränkt sich dabei auf das Wesentliche. Er lässt die Tatsachen sprechen. Er nimmt nicht Partei. Aber er will dem Leser zeigen, dass die Schicksale unter den «Sieben Himmeln» auch ihn angehen. Denn der Ferne Osten ist nicht mehr fern. Wenn wir heute in Europa kontinental denken, so kommen wir uns recht revolutionär vor. Wir sollten global denken, da der Westen sonst Gefahr läuft, in weiteren Teilen Asiens an Einfluss und Ansehen zu verlieren. Zu dem Verständnis dieser Fragen bietet «Sieben Himmel Asiens» Tatsachen und Gedanken.



«Ich pflanze, das Schwein erntet.» Das ist der Kommentar der bulgarischen satirischen Wochenschrift «Starschel» (Hornisse) zum Ergebnis der Bemühungen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. An die Ablieferungspflichten der LPG-Bauern an die staatlichen Einkaufsgenossenschaften wird im Text nicht erinnert.